



Gedanken zum 70. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkrieges

Jahrestage sind Gedenktage: Der 1. September mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen steht für den Beginn eines Weltkrieges, der über 50 Millionen Menschen das Leben kostete. Der deutsche Faschismus eroberte halb Europa, wobei er in den besetzten Ländern von diversen Helfershelfern unterstützt wurde. Der Krieg hinterließ Tod, verwüstete Länder, Zerstörungen, Hunger und Elend.

In der Bundesrepublik wird der 1. September auf Initiative des DGB („Nie wieder Krieg“) seit 1957 als „Antikriegstag“ begangen, in der DDR war er der „Weltfriedenstag“.

Der Gedenktag muss uns nachdenklich und handelnd machen im Sinne des Buchenwald-Schwurs von 1945: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens ist unser Ziel.“

Der 2. Weltkrieg diente dem deutschen Monopol- und Finanzkapital dazu, neue Rohstoffmärkte und Absatzgebiete im Sinne der normalen Kapitalismus-Gier zu gewinnen. Dazu benutzte es den Faschismus mit seinem mächtigen Aggressionspotenzial, das eine tiefe Bluts pur in der Welt hinterließ.

Aber es gab auch das andere Deutschland, dem wir uns verpflichtet fühlen, mit seinen antifaschistischen Widerstandskämpfern aus allen Schichten und fast allen Weltanschauungen, viele von ihnen kamen um: So wurde der sozialdemokratische Verbandsvorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes, Max Sievers, lange verfolgt und 1944 im Zuchthaus hingerichtet. Der DFV hatte als Massenorganisation 1932 über 650.000 Mitglieder, war antifaschistisch, antimilitaristisch und atheistisch. Wir dürfen damit nach über

70 Jahren auch voller Stolz auf unsere demokratischen Wurzeln zurückblicken. Einige Wochen nach der Machtübertragung an Hitler wurde die Tätigkeit des Verbandes verboten, nachdem schon ein Jahr zuvor der 170.000 Mitglieder starke Proletarische Freidenker-Verband, der ähnliche Ziele wie der DFV verfolgte, vernichtet worden war.

Gedenktage müssen auch handelnd machen, wenn die Herrschenden die Lehren aus der Geschichte verdrängt haben: Vor 10 Jahren bombardierten deutsche Flugzeuge wie 1941 wieder Belgrad. Wiederum standen deutsche Soldaten als Besatzer auf fremdem Boden.

Völkerrecht und Grundgesetz spielten keine Rolle. →



AUS DEM INHALT

Religion/Kirche/Kritik/Freidenkerarbeit:

DFV- Verbandstag 2009: Aufklärung gegen Volksverdummung	2
„... un rin mit dem Mokka in den Ozean“	3
Vorstand des DFV Nord hat getagt	3
Zum Ev. Kirchentag in Bremen	4
Wochenendseminar im Ferienheim „Heideruh“	4
Freidenker begrüßen Verbindlichkeit der Patientenverfügung ..	4
Kritik am „ewigen“ Staatsvertrag mit Kath. Kirche in SH	4
Ankündigung zum Darwin - Kongress	5
Namensweihe: Wieso - weshalb - warum?	5

Aus den Regionen

<i>Schleswig-Holstein:</i>	
Sie werden nicht vergessen: Die Cap-Arcona-Katastrophe - Gedenkfeier Neustadt/Holstein 2009	6
Solischreiben an die Naturfreunde SH	7

Gesund leben ohne Gottvertrauen - Brief an Ministerin	7
Kieler Chronik - Wahlen und Koalitionen in Schl.-Holstein ..	7
Neues Netzwerk gegen Rechtsextremismus im Norden	7
<i>Mecklenburg-Vorpommern/Brandenburg:</i>	
Verwüstung der Mahn- und Gedenkstätte in Wöbbelin	7
Die Heide ist frei - Protest hatte endlich Erfolg	8
Gotteskrieger gescheitert	8
<i>Hamburg:</i>	
Protest der Elternräte an den Gesamtschulen zur Integration ..	8
Hafengeburtstag: Protest gegen Teilnahme von Kriegsschiffen ..	9
<i>Nord-Niedersachsen/Bremen:</i>	
Aktivitäten von Freidenkern in Lüneburg	9

Historie

Das „verlutherte“ Wittenberg	10
Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik	11
Tipps und Termine	12

Wir gedenken des 70. Jahrestages des Überfalls auf Polen und in diesem Sinne des Jugoslawien-Krieges. Ich muss auch schon wieder ganz aktuell mit Schauern an den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan denken: Seit Kurzem dürfen sie ihre Waffen nicht nur zur Selbstverteidigung einsetzen, sondern dürfen auch nach eigenem Ermessen Angriffe führen. Ich frage mich jetzt: Was wollen die da überhaupt? Warum schießen sie und auf wen?

Wo bleibt das demokratische Element unseres Grundgesetzes, keine Angriffskrieg führen zu dürfen? Es wird von der Politik massiv in Frage gestellt und missbraucht.

Durch die verpasste historische Chance eines sozialistisch-demokratischen Neubeginns für Gesamtdeutschland nach 1945 ist mutige Eigeninitiative immer schwieriger geworden.

Zeigen wir doch überall Zivilcourage, vor allem in der Erziehung:

Vor 10 Jahren fragte ich während eines Elternabends den Lehrer meiner 14-jährigen Tochter, wie er den Kriegseinsatz deutscher Soldaten im Kosovo den jungen Menschen erklärt.

Sichtlich verwirrt antwortete er, dass er ja nur der Klassenlehrer und nicht der Geschichtslehrer sei.

Berend Buscher

Verbandstag 2009

Aufklärung gegen Volksverdummung

Klaus Hartmann (Offenbach) wurde vom Verbandstag des Deutschen Freidenker-Verbandes (DFV), der am 22. und 23. Mai in Berlin durchgeführt wurde, in seiner Funktion als Verbandsvorsitzender bestätigt. Hartmann steht seit 1988 an der Spitze des Verbandes. Ebenfalls wiedergewählt wurde Eberhard Schinck (München) als stellvertretender Vorsitzender. Die Vorsitzende des Landesverbandes Nord, Angelika Scheer (Hamburg), wurde als Schriftführerin bestätigt. Sie gehört damit dem geschäftsführenden Vorstand an. Die Vertretung des Landesverbandes im Vorstand übernimmt damit Cornelius Kaal. Dies hatte der Landesvorstand auf seiner konstituierenden Sitzung im Januar in Lübeck für den Fall beschlossen, dass Angelika Scheer wieder in den geschäftsführenden Vorstand gewählt wird. Der Landesverband Nord wurde auf dem Verbandstag durch die Delegierten Angelika Scheer, Cornelius Kaal, Gerd Adolph und Uwe Scheer vertreten. Als Gäste nahmen Elli-Marie Simon und Berend Buscher am Verbandstag teil.

Der Verbandstag, der alle drei Jahre durchgeführt wird, stand unter dem Motto: Aufklärung gegen Volksverdummung, Zerstörung der Vernunft und gegen die imperialistische Militarisierung der internationalen Beziehungen!

In der Diskussion des Verbandstages ging es vor allem um die Schärfung des Profils des Verbandes als Weltanschauungsgemeinschaft, Kulturorganisation und Interessenvertretung der Konfessionsfreien. Der Deutsche Freidenker-Verband fordert die strikte Trennung von Kirche und Staat. Die Freidenker lehnen die Privilegien der Kirchen ab. Die von einigen freigeistigen Verbänden angestrebte Gleichbehandlung im Privileg wird vom Deutschen Freidenker-Verband abgelehnt. Der DFV steht darüber hinaus für Religionskritik und nicht für Religionsbeschimpfung. Freidenker setzen sich aber nicht nur mit religiösem, sondern auch mit weltlichem Irrationalismus kritisch auseinander. Deshalb wird der Verband auch weiterhin zu gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen Stellung nehmen.

Dem Verbandstag lagen gegensätzliche Anträge zur Mitgliedschaft des Verbandes im Koordinierungsrat säkularer Organisationen (Korso) vor. Die Konferenzen der Landesverbände Nord und Nordrhein-Westfalen forderten den Austritt, während Berlin und Thüringen für ein Verbleiben im Korso votierten. Die Forderung nach dem Austritt aus dem Koordinierungsrat wurde u. a. damit begründet, dass in Aussagen des Grundsatzprogramms nicht eindeutig die Forde-

rung nach Trennung von Kirche und Staat deutlich wird, sondern diese auch als Streben nach Gleichbehandlung im Privileg interpretiert werden können. Kritisiert wurde auch, dass dem Koordinierungsrat mittels des Dachverbandes freier Weltanschauungsgemeinschaften, die Unitarier angehören, bei denen es sich um eine völkische Religionsgemeinschaft handelt. Mit großer Mehrheit einigten sich die Delegierten auf die Empfehlung der Antragskommission, eine Diskussion im Verband zum Korso zu führen und dann im Vorstand im Herbst 2010 über die weitere Mitgliedschaft entscheiden zu lassen.

Die beiden anderen Anträge unserer Landeskonferenz, ein Redaktionsstatut für unser Verbandsorgan FREIDENKER betreffend und der Vorschlag für die Durchführung eines Wochenendseminars zur Öffentlichkeitsarbeit wurden nach Qualifizierung durch die Antragskommission mit großer Mehrheit angenommen.

Am Verbandstag nahmen 41 von 44 gewählten Delegierten teil, die sich lebhaft an der Aussprache zum schriftlich vorgelegten Rechenschaftsbericht, von Klaus Hartmann mündlich ergänzt, dem Finanzbericht und dem Bericht der Revisoren beteiligten. Es wurden in der Aussprache mehr als fünfzig Diskussionsbeiträge gehalten. In der Diskussion sprachen auch die Gäste der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM), des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde (BüSGM) und der Vorsitzende des Internationalen Bundes der Konfessionslosen und Atheisten (IBKA) Rudolf Ladwig.

Festgestellt werden musste, dass in vielen Landesverbänden die Mitgliederzahlen rückläufig sind oder stagnieren. Dies steht im Widerspruch zum Ansteigen der Konfessionsfreien insgesamt. Diese Entwicklung führt vielfach zu Unzufriedenheit, die nicht immer produktiv gemacht wird, sondern gelegentlich auf den Vorstand, insbesondere den Verbandsvorsitzenden projiziert wird.

Dies zeigte sich an der gebetsmühlenartig wiederholten Kritik einzelner Delegierter aus NRW am Verbandsorgan und der Ausrichtung des Verbandes. Wir haben uns mit dieser Kritik, Forderung nach Reduzierung des Verbandes auf die „klassischen Freidenkerthemen“, Verzicht auf allgemeinpolitische Meinungsäußerungen etc., in den letzten drei Jahren auf mehreren Vorstandssitzungen auseinandergesetzt und uns eindeutig im Rundbrief positioniert. Ein Delegierter aus Baden-Württemberg verstieg sich sogar zu dem Vorwurf,

der Verbandsvorstand bestände mehrheitlich aus Stalinisten bzw. Poststalinisten.

Wenig hilfreich waren allerdings auch zwei Diskussionsbeiträge, in denen praktisch ein Kritikverbot am Vorstand eingefordert wurde bzw. die Drohkulisse mit der Schiedskommission aufgebaut wurde. Insgesamt wurde die Diskussion aber konstruktiv geführt, auch wenn Erfahrungsberichte aus der Arbeit vor Ort leider unterbelichtet blieben. *Ka*

„... un rin mit dem Mokka in den Ozean“ – Zum Kulturprogramm des Verbandstages

Dieses Versende des Kaffeesackschmeißerliedes, getextet von Ernst Busch, Musik von Hanns Eisler, vorgetragen auf dem Verbandstag 2009 in Berlin von Isabel Neuenfeldt mit dem Akkordeon, moderiert von Dr. Seltsam (mit bürgerlichem Namen Wolfgang Kroeske), liegt mir noch in den Ohren.

Es geht darum, dass in Brasilien am Rio Grande Kaffeesackschmeißer gebraucht werden, und zwar für Hungerlöhne. Da eine Überproduktion besteht und es pro Sack zu wenig Ertrag gibt, heißt es:

*Es wird, so will es das Weltgewissen,
die halbe Ernte ins Meer geschmissen.*

Ähnlich geht es dann mit dem Weizen, der wegen Überproduktion im Feuer landet.

*Sie werfen den Weizen ins Feuer,
Sie schütten den Kaffee ins Meer.
Wann werfen wir Säckeschmeißer
die fetten Leiber hinterher?*

Ernst Busch, geb. 22. Januar 1900 in Kiel, gest. 8. Juni 1980



in Berlin, war Sänger, Kabarettist, Schauspieler und Regisseur. Er erlernte den Beruf des Werkzeugmechanikers, beteiligte sich am Kieler Matrosenaufstand und wurde 1919 Mitglied der KPD, nahm Schauspielunterricht, hatte erste Auftritte am Kieler Stadttheater und zog 1927 nach Berlin. 1933 missglückte die Verhaftung durch die SA, es gelang die Flucht nach Holland, Belgien, Zürich, Paris, Wien und in die Sowjetunion. Er beteiligte sich am Spanischen Bürgerkrieg.

Nach Francos Sieg zog er sich nach Belgien zurück und wurde 1940 in Antwerpen verhaftet. Durch die Intervention von Gustav Gründgens entging er der Todesstrafe und wurde zu einer 4-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt.

Nach der Befreiung durch die Rote Armee trat er wieder der KPD bei, wurde SED-Mitglied und wirkte im kulturellen Bereich der DDR (Berlin) bis 1961. 2010 wäre Ernst Busch 110 Jahre alt. *Gerd Adolph*

Der Vorstand des DFV Nord e.V. hat getagt: Arbeitsvorhaben 2009 bis 2010 wurde beschlossen

Am 27. Juni kam der Landesvorstand des DFV Nord zu seiner 2. Sitzung 2009 in Lüneburg zusammen. Schwerpunktthemen waren die Einschätzung des Verbandstages, der im Mai in Berlin stattgefunden hat und die weitere Arbeitsplanung für 2009 bis einschließlich 2010.

Zum Verbandstag ist aus Sicht des DFV Nord sehr positiv einzuschätzen, dass die gestellten Anträge mit geringfügigen Änderungen mehrheitlich von den Delegierten angenommen wurden. Das gilt besonders für die Forderung nach einem Seminar zur Öffentlichkeitsarbeit. Der Antrag mit der Forderung „Austritt aus KORSO“ wurde zu Gunsten einer Fortführung der Diskussion über die Notwendigkeit und den Sinn und Zweck der Organisation zurückgestellt. Vor dem Verbandstag (VT) konnte der Diskussionsbedarf nicht zufriedenstellend abgeschlossen werden. Wir werden uns also nun weiter inhaltlich mit KORSO auseinandersetzen.

Zur Einschätzung des VT gehört auch die kritische Einschätzung, dass viel Zeit für interne Fragestellungen verwandt wurde und damit die Themen über die zukünftige weiterführende Arbeit gelitten haben. Weitere Berichte über den VT siehe auch im FREIDENKER.

Weiter hat sich der Vorstand mit der Arbeitsplanung 2009/2010 befasst. Schwerpunkte sind das Wochenendseminar

im Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ (siehe Bericht in diesem Rundbrief) und Veranstaltungen unseres Landesverbandes in Eigenverantwortung oder in Kooperation mit befreundeten Organisationen. Am 10. Oktober werden wir in Kiel und Umgebung zu einer Zusammenkunft einladen, um über Arbeitsfelder und ein eigenständiges Auftreten des Verbandes zu diskutieren. In Lübeck wollen wir die gute Zusammenarbeit mit der Erich-Mühsam-Gesellschaft fortsetzen und planen eine Veranstaltung über Opfer des Kalten Krieges. Der Termin ist noch offen. Es hat aber eine Anfrage bereits stattgefunden. Weiter werden wir uns an regionalen Veranstaltungen und mit Informationsständen beteiligen. Beteiligt sind wir am 14. November bei einer Veranstaltung der MASCH Hamburg zum Thema Darwin.

Die in diesem Jahr ausgefallene Exkursion „Hamburg“ wird im nächsten Jahr nachgeholt.

Der DFV Nord wird weiter 3 RUNDBRIEFE jährlich herausbringen. Alle Mitglieder und Freunde sind herzlich aufgefordert mit Beiträgen für ein abwechslungsreiches Erscheinungsbild beizutragen. Über den Rundbrief hinaus sehen wir unsere Aufgabe darin auch dem FREIDENKER zuzuarbeiten.

Für alle Vorhaben, die wir planen und verwirklichen, gilt das Augenmerk auf die finanzielle Situation zu richten. Das gilt bei der „Suche“ nach Referenten und bei Kosten, die durch Tagungsstätten entstehen.

Die nächste Vorstandssitzung findet am 1.11.09 in Heideruh traditionell im Rahmen des Wochenendseminars statt.

Angelika Scheer

Zum Evangelischen Kirchentag in Bremen

DEUTSCHER FREIDENKER-VERBAND e.V. - Landesverband Nord e.V. Pressemitteilung
Freidenker für Trennung von Kirche und Staat, aber auch für Zusammenarbeit mit Christen

Bremen - 20.05.2009 - Zum heute in Bremen beginnenden evangelischen Kirchentag erklärt der Deutsche Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.:

Der Deutsche Freidenker-Verband tritt als Weltanschauungsgemeinschaft, Kulturorganisation und Interessenvertretung konfessionsfreier Menschen für die strikte Trennung von Kirche und Staat ein. Unsere Aktivitäten richten sich gegen kirchliche Machtansprüche und die politische Instrumentalisierung von Religion. Die Privilegien der Kirchen sind zu beseitigen. Dies bedeutet auch, dass die Kirchen nicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden dürfen, sondern sie sich selbst finanzieren müssen. Die Aktivitäten der Freidenker richten sich aber nicht gegen religiöse Menschen. Wir treten für den Dialog mit Christen und dort wo es möglich ist, auch für gemeinsames Handeln ein, etwa in der Frage von Krieg und Frieden. Der Deutsche Freidenker-Verband begrüßt und unterstützt die im Rahmen des Kirchentages geplante Friedensdemonstration.

Für Rückfragen: Cornelius Kaal 0177 - 20 49 867

Wochenendseminar im Wohn- und Ferienheim Heideruh e.V.

Buchholz in der Nordheide, Ahornweg 45, OT Seppensen vom 31. Oktober bis 1. November 2009

Unser Thema in diesem Jahr wird die Rolle der Bertelsmann-Stiftung sein. Wir wollen uns mit der Rolle von Bertelsmann in der Politik und in der Gesellschaft sowie die daraus entstandenen Machtstrukturen befassen. Der Referent zu dem Thema ist Horst Bethge. Er ist bildungspolitischer Sprecher für die Partei DIE LINKE und Lehrer a. D.

Beginn: 31.10.09 um 13.00 Uhr (nach dem Mittagessen), um 15.30 Uhr Kaffeepause und um 16.15 Uhr Fortsetzung der Aussprache

Am Abend des 31.10. um 19.30 Uhr haben wir Kai Degenhardt zu Gast. Er wird uns mit Gesang und Gitarre erfreuen.

Wir bitten zur Finanzierung des Konzertes um 5,00 Euro pro Person.

Ausdrücklich freuen wir uns über Gäste und Helfer aus Heideruh sowie Gäste befreundeter Organisationen und Parteien.

Der Sonntagvormittag ist traditionell für die Berichte aus den Regionen und die Vorstandssitzung reserviert und ist öffentlich für alle Seminarteilnehmer

Preis von Mittag bis Mittag einschl. Kaffee und Kuchen am Nachmittag pauschal 60,00 Euro. Es besteht die

Möglichkeit auch schon am 30.10. anzureisen, dann erhöht sich der Preis entsprechend. Nach dem Mittagessen am Sonntag beenden wir das Seminar offiziell. Auch Tagesgäste werden um Anmeldung gebeten. Einzelzimmerwünsche sind möglich, können aber nicht garantiert werden.

Anmeldungen ab sofort. Das kann per Telefon, Mail oder Post geschehen (siehe unten). ANMELDESCHLUSS ist der 28. September 2009.

*Angelika Scheer
Landesvorsitzende*

Anmeldung

Name:

Adresse:

Ich/ wir nehme(n) teil vom bis

Ich/ wir bin/sind Tagesgast(gäste) Teilnahme an den Mahlzeiten ja / nein

Mitteilung an: DFV Nord e.V. Postf. 602507, 22235 Hamburg oder Mail: dfv-nord@freidenker.de oder Tel. 040 6316260

Freidenker begrüßen Verbindlichkeit von Patientenverfügungen

Die Entscheidung des Bundestages, die Verbindlichkeit von Patientenverfügungen gesetzlich zu regeln, wird vom Deutschen Freidenker-Verband Landesverband Nord e.V., ausdrücklich begrüßt. „Diese Entscheidung war längst überfällig. Damit wird endlich eine langjährige Forderung der Freidenker erfüllt“, stellte die Landesvorsitzende der norddeutschen Freidenker, Angelika Scheer (Hamburg), auf einer am Samstag in Lüneburg durchgeführten Landesvorstandssitzung fest

Im Mittelpunkt der Vorstandssitzung stand die Auswertung des im Mai in Berlin durchgeführten Verbandstages des Deutschen Freidenker-Verbandes und die daraus resultierenden Schlussfolgerungen für die Arbeit des Landesverbandes. Ein Arbeitsplan wurde diskutiert und beschlossen. Ziel der norddeutschen Freidenker ist es, das Profil des Verbandes als Weltanschauungsgemeinschaft, Kulturorganisation und Interessenvertretung der Konfessionsfreien zu schärfen. Am 31. Oktober/1. November wird der Landesverband in Buch-



Kritik am „ewigen“ Staatsvertrag

Nach leidenschaftlicher Diskussion hat der Landtag den Staatsvertrag mit der katholischen Kirche mehrheitlich abgelehnt. Rundum zufrieden mit der Vereinbarung zeigte sich allerdings nur die CDU. Beim Koalitionspartner SPD scherten mehrere Parlamentarier aus der Linke ihrer Fraktion aus und votierten gegen das Abkommen. Sie kritisierten vor allem, dass der Vertrag keine Laufzeit enthält und damit die Landeszuschüsse theoretisch ewig fließen sollen. Auch FDP, Grüne und SSW lehnten das Vertrag wegen dieser „Ewigkeitsklausel“ ab.

Die finanzpolitische Sprecherin der SPD, Birgit Herdegen, begründete die Ablehnung eines Teils ihrer Fraktion. Sie unterstrich „die Leistungen der Kirche für das Gemeinwesen“. Aber: „Ich werde einem Vertrag, der das Land auf ewig bindet, nicht zustimmen.“ Auch Ekkehard Witz (FDP) betonte: „Verträge, die das Land und damit alle künftigen Generationen von Steuerzahlern ewig binden, sind aus unserer Sicht grundsätzlich nicht akzeptabel.“

Monika Heindorf (Grüne) und Antje Sporendorff (SSW) sprachen sich in der weiteren Debatte prinzipiell gegen Verträge mit einzelnen Kirchen aus und forderten, das Verhältnis des

Landes zu den Kirchen „dringend zu modernisieren“.

In dem Staatsvertrag verpflichtet sich das Land zu einem jährlichen Zuschuss an die katholische Kirche. Er liegt in diesem Jahr bei 190.000 Euro und soll laut einer „Dynamisierungsklausel“ mit den Lohnschwüchen der Landesbeamten steigen. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Landtagspräsident Martin Kayenberg

beide CDU wiesen in diesem Zusammenhang auf die „Freundschaftsklausel“ im Vertrag. Sie stützten es, „gegebenfalls erforderliche Anpassungen einzelner Vertragsregelungen“ vorzunehmen – und damit auch die Landeszuschüsse „bei geändertem Umständen“ neu zu regeln. Ralf Fischer (SPD) betonte den Gleichheitsgrundsatz: „Wir sollten und können die katholische Kirche in Schleswig-Holstein nicht anders behandeln als die evangelische“ – und für die gelten die jetzt mit den Katholiken getroffenen Vereinbarungen bereits seit 1957.

(Druckachse 160245, 25603 – 1. Lesung | Landtagsdruckerei 02.09.09)



Die Pusteltürme St. Nikolai im Schatten des Roter-Platzes in der Kirche in Schleswig-Holstein. Insgesamt gibt es 45 Pfarrgemeinden im Land, die etwa 170.000 Gläubige betreuen, die sind auch Partner der Bevölkerung.

Aut „Der Landtag Schleswig-Holstein“, Nr. 4/09

holz/Nordheide ein Wochenendseminar durchführen, in dem man sich kritisch mit der Arbeit der Bertelsmann-Stiftung auseinandersetzen will. Referent wird der bildungspolitische Sprecher der Partei DIE LINKE, Horst Bethge (Hamburg) sein. Am Samstagabend wird ein Konzert des Liedermachers Kai Degenhardt stattfinden. Nähere Informationen dazu unter www.dfv-nord.de im Internet.

Kritisiert wurde die zum Schuljahresbeginn um sich greifende Sitte, dass Schulgottesdienste in das offizielle Programm der Schulen integriert werden oder gar als Ersatz für Schulveranstaltungen durchgeführt werden. Dies verstößt nach Auffassung der Freidenker gegen Trennung von Kirche und Staat und die Verpflichtung des Staates zur weltanschaulichen Neutralität.

Für Rückfragen: Cornelius Kaal – 0177-2049867

Charles Darwin und der wissenschaftliche Sozialismus. Natur- und Gesellschaftswissenschaften im dialektischen Prozess.

**Eine MASCH-Tagung zum 150. Jahrestag des Erscheinens der ‚Entstehung der Arten‘ am 14. November 2009, 10:00–18:00 Uhr
Mit Unterstützung des Landesverbands Nord des Deutschen Freidenker-Verbands (DFV)**

Friedrich Engels stellt in seiner Grabrede für Karl Marx fest, dass nur wenige Persönlichkeiten das 19. Jahrhundert so geprägt haben wie der Verstorbene und Charles Darwin: „Karl Marx war einer jener hervorragenden Männer, von denen ein Jahrhundert nur wenige hervorbringt. Charles Darwin entdeckte das Gesetz der organischen Natur auf unserem Planeten. Marx ist der Entdecker des grundlegenden Gesetzes, das den Gang und die Entwicklung des menschlichen Geschlechts bestimmt“ (MEW Bd. 19, S. 333). Darwins Erkenntnis und Formulierung der Gesetze der Evolution des Lebendigen befreiten die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus von einer großen Unsicherheit. Es war nun nicht mehr notwendig, die Geschichte der Natur von der Geschichte des Menschen und der Gesellschaft zu trennen, wie es noch 1844 in der ‚Deutschen Ideologie‘ geschehen musste: „Wir kennen nur eine einzige Wissenschaft, die Wissenschaft der Geschichte. Die Geschichte kann von zwei Seiten betrachtet, in die Geschichte der Natur und die Geschichte der Menschheit abgeteilt werden. Beide Seiten sind indes nicht zu trennen; solange Menschen existieren, bedingen sich Geschichte der Natur und Geschichte der Menschen gegenseitig. Die Geschichte der Natur, die sogenannte Naturwissenschaft, geht uns hier nichts an“ (MEW Bd. 3, S. 18). Vor allem die Arbeiten an der MEGA² haben deutlich werden lassen, in welchem Maße sich Marx und Engels in den siebziger und achtziger Jahren mit Naturwissenschaft beschäftigt haben, damit die Geschichte nicht mehr von zwei Seiten betrachtet werden muss.

Engels ‚Anti-Dühring‘ sowie die fragmentarische ‚Dialektik der Natur‘ sind der unmittelbare Ausfluss dieser erweiterten Sicht einer universalen Gesetzlichkeit. Marx‘ Auseinandersetzung mit Malthus und seinem Populationsgesetz wird durch Darwins Evolutionslehre auf eine neue Spitze getrieben.

Dennoch ist der große englische Naturforscher bei beiden

nicht außerhalb jeglicher Kritik. Wie bei Teilen der modernen Biologie steht vor allem sein positivistischer Ansatz mit seiner überreichen Verwendung von Analogschlüssen in der Schusslinie.

Die Tagung möchte einen Einblick in diese Auseinandersetzungen vermitteln und den Bogen zur modernen Naturwissenschaft spannen.

Das detaillierte Programm wird in den MASCH-Ankündigungen für das Wintersemester 09/10 bekannt gegeben.

Namensweihe: Wieso – Weshalb – Warum

In der DDR gehörte die Namensweihe vielerorts zur Feierkultur wie auch die Jugendweihe. In der BRD war diese Begrüßungszeremonie für neue Erdenbürger weitgehend nicht bekannt. Um so mehr war es eine Herausforderung an die Freidenker auf Anfragen zu reagieren und eine Voraussetzung zu schaffen, um diesem Wunsch von Eltern zu entsprechen.

Zu Beginn erfolgte eine Erkundigungsphase bei unseren Mitgliedern in Neustrelitz und Dresden. Mit Vorlagen für Urkunden und Feierabläufe hatten wir nun einen Eindruck von einer zum Glück weiterlebenden Tradition der freidenkerischen Feierkultur.

Wie nun aber mit Einzelanfragen bei uns in Hamburg, Bremen, Lüneburg und Schleswig-Holstein umgehen?

Für uns war klar, dass zur Zeit eine große Veranstaltung des DFV nicht in Frage kommt, dafür sind es zu wenige Anfragen. Das gilt aber nicht für unseren Kreisverband in Neustrelitz. Dort findet jedes Jahr eine Namensweihe in feierlichem Ambiente statt mit zahlreichen Teilnehmern. Das sei hier einmal eingeflochten: Wir brauchen Mitglieder, ob in Neustrelitz, in Bremen, in Hamburg usw., die Freude an weltanschaulicher und kultureller Arbeit haben, um diesen Traditionen eine Zukunft zu geben.

Wie nun aber dem Wunsch nach einer Begrüßung des Kindes auf der Welt, in der Familie gerecht werden?

Wir haben uns für den ganz individuellen Weg jeder Familie entschieden. Das heißt, wenn eine Familie anfragt und mit der selbständigen Organisation einer Familienfeier einverstanden ist, können wir anbieten mit einer Rede und Urkunden für die Familie, Freunde und Paten diese Feier zu krönen. Dafür vereinbaren wir, soweit es irgend möglich ist, ein Vorgespräch, um die Eltern kennenzulernen und um Eckpunkte für die Rede abzusprechen. Zu der Rede gehören dann auch 2 Gedichte nach Wunsch der Eltern oder von uns ausgesucht.

Ich habe mittlerweile verschiedene Namensweihen erlebt und durchgeführt. Um einige Beispiele zu nennen, eine fand sogar in der Evang. Stiftung Alsterdorf in Hamburg statt. Zweimal war ich in der Nähe von Rendsburg bei einer Familie. Eine Feier war ganz besonders: Die Familie ist aus Thüringen nach Schleswig-Holstein gezogen und wünschte sich die Feier am Ostseestrand. Nach der Feier wurden Wünsche für das Kind auf Zettelchen geschrieben und in einer Flasche als Flaschenpost auf die Reise geschickt.

Es ist eine schöne Tradition, wenn man Kinder begrüßen und den Familien und Paten auch einige ernste Gedanken mit auf den Weg geben darf. Da uns kein Gott hilft, müssen wir eine friedliche Welt selbst erkämpfen. Das sehe ich auch als Erziehungsauftrag für Eltern und Paten und mache das auch in den Reden deutlich.

Angelika Scheer

Sie werden nicht vergessen:

Gedenkfeier für die 7000 Opfer der Cap-Arcona-Katastrophe in Neustadt/Holstein am 3. Mai 1945

Zu einer bewegenden Feier gestaltete sich die diesjährige Veranstaltung zum Gedenken an die Schiffskatastrophe in der Neustädter Bucht in Erinnerung des tausendfachen Todes von KZ-Häftlingen am 3. Mai 1945 - wenige Tage vor der Befreiung und dem Ende des Weltkrieges. Die erste Trauerfeier war bereits wenige Tage nach der Katastrophe mit dem legendären späteren DDR-Schauspieler Erwin Geschonnek, der im letzten Jahr über 100-jährig gestorben ist.

An der Kranzniederlegung nahmen Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen wie der Arbeitskreis Cap Arcona aus Neustadt, die Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V., der DGB, die SPD, die Partei Die Linke sowie die Stadt Neustadt/H. und das Land Schleswig-Holstein teil. Auch legten Mitglieder des Vorstands des Deutschen Freidenker-Verbands (DFV), Landesverband Nord e.V., ein Gesteck nieder. Als einzige Fahne wehte dieses Jahr die Fahne der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN/BdA) neben dem Ehrenmal. Zu den Rednern zählte neben dem überlebenden ehemaligen Häftling Wim Alosery aus den Niederlanden, der Bürgervorsteher von Neustadt Sönke Sela, Hugo Rübsam vom Förderkreis Cap Arcona-Gedenken/Politische Memoriale e.V. aus Mecklenburg-Vorpommern und Marco Kühnert von der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme e.V. Diese rührige Vereinigung aus Hamburg gestaltete eine szenische Lesung. Der Text basiert auf einer Rundfunksendung des „Hamburger Rundfunks“ vom 10. Juni 1945 (!) mit ehemaligen Häftlingen und ihren sehr aktuellen Erfahrungen und Eindrücken.

Bereits am 2. Mai (Vorabend des 3. Mai) hatte der Arbeitskreis Cap Arcona im „Forum“ der Stadt Neustadt eine Veranstaltung mit dem überlebenden ehemaligen KZ-Häftling Wim Alosery aus den Niederlanden veranstaltet. Dort sprach er ausführlich über seine Erlebnisse während der KZ-Zeit in Neuengamme und dem Transport fast aller Häftlinge in die Lübecker Bucht. Es war der Befehl der Naziführung, angesichts der nahenden Niederlage alle Konzentrationslager zu räumen und die KZ-Häftlinge in die Hände der alliierten Truppen fallen zu lassen. Auf Todesmärschen oder so wie durch Versenken von vollgefrachten Schiffen sollten die meisten Häftlinge ermordet werden. Das geschah auch leider zum größten Teil. Nur Häftlinge des KZ Buchenwald konnten sich selber befreien.

Wenige Tage vor der Befreiung vom Faschismus und dem Ende des 2. Weltkrieges fanden am 3. Mai 1945 über 6000 KZ-Häftlinge in der Neustädter Bucht in der Ostsee den Tod. Die Häftlinge aus vielen Ländern Europas waren von den Kommandanten des Konzentrationslagers Hamburg-Neuengamme und anderen Lagern des Naziregimes wenige Tage vor dem sich abzeichnenden Ende des Krieges und des Zusammenbruchs des Naziregimes auf den Transport nach Lübeck gebracht worden. In Neuengamme blieben 50 totkranke Men-



schon ohne Verpflegung und Versorgung zurück. Tausende wurden ohne Essen und Trinken mit Güterwagen an die Ostsee auf drei von der Kriegsmarine beschlagnahmte Schiffe verfrachtet und ohne Rotkreuz-Kennzeichnung auf die offene See vor der Stadt Neustadt in Holstein letztlich zum Beschuss durch die britischen Flieger freigegeben. Die Engländer waren bereits wenige Kilometer vor Neustadt. Rostock war bereits von der Roten Armee eingenommen worden. Offensichtlich kam es zu einem tragischen Irrtum wenige Stunden vor der Befreiung der Häftlinge durch die Air Force, den englischen Fliegern. Die britischen Truppen beobachteten jede Feindbewegung auf der Ostsee aus der Luft und griffen die Schiffe Cap Arcona und Thielbeck, die mit der Reichskriegsflagge „geschmückt“ waren, an. Die deutsche Besatzung erwiderte das Feuer, das Schiff geriet in Flammen, Häftlinge und Wachmannschaften gerieten in Panik. Von den tausenden Häftlingen konnten sich nur wenige Hundert retten, die zum Teil in der damals eisigen Ostsee schwimmend versuchten an Land zu kommen. Viele ertranken vor



Gedenkstätte in Neustadt

Entkräftung wenige Meter vor dem Strand. Der aus den Niederlanden stammende überlebende Teilnehmer und Redner der diesjährigen Cap Arcona Veranstaltung Wim Alosery schilderte, wie er mit einem russischem Mitgefangenen auf ein Ruderboot klettern konnte, nachdem er sich über ein Tau vom Schiff hangelte und nackt - damit sich im Wasser die Häftlingkleidung nicht vollsaugen und ihn in die Tiefe hätte ziehen können, letztlich an den Strand von Pelzerhaken kam. Dort wurde diesem Niederländer von einem freundlich gesinnten Menschen eine Decke übergeworfen und ins nahe gelegene Hilfslazarett gebracht. Dieses Verhalten eines Mitmenschen war damals keineswegs selbstverständlich.

Die SS hatte noch in letzter Minute den an der Küste harrenden Menschen, die das Drama sahen, gesagt, dass die Menschen, die sich schwimmend ans Ufer retten wollten, alles Verbrecher seien und „abgeknallt“ werden müssten. Darauf wies ein weiterer Redner, der Bürgervorsteher Sönke Sela auf der Gedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof hin. Die Gedenkstätte befindet sich unmittelbar am Ostseeufer von Neustadt / Pelzerhaken.

Außer der zentralen Gedenkstätte in Neustadt gibt es noch 17 weitere Gedenkorte in Schleswig-Holstein und Mecklenburg für die Opfer der Cap Arcona Katastrophe.

Weitere Auskünfte sind zu erhalten: Museum Cap Arcona Neustadt in Holstein. Postadresse: Stadtverwaltung Neustadt in Holstein, Am Markt 1, 23730 Neustadt in Holstein, Tel. 04561 3977-0 E-Mail: info@neustadt-ostsee.de (s. auch www.dfv-nord.de)

Brief an die Naturfreunde Schleswig-Holstein:

„Freies Betretungsrecht im Wald für alle Menschen erhalten“

Liebe Freunde und Genossen,
seit geraumer Zeit liegt mir eure Resolution (d. Landeskonzferenz vom 25.4.; die Redaktion) vor und es wird höchste Zeit darauf zu reagieren.

Der DFV Nord unterstützt euer Bemühen um den sanften Tourismus und erklärt sich mit eurem Protest solidarisch.

Viele Ziele und Auffassungen der Naturfreunde und der Freidenker sind ähnlich und deshalb fordern wir mit euch das uneingeschränkte Betretungsrecht der Wälder über das ganze Jahr. Freies Denken kann sich nur entfalten, wenn das Denkvermögen und die Entwicklung dahin in gesunder Atmosphäre stattfindet. Einschränkungen und Gängelungen fördern Frevel und Aggression. Dem widersetzen wir uns.

Mit freidenkerischem Gruß

Angelika Scheer

Landesvorsitzende

(Der Text wurde uns von einem DFV-Mitglied in Kiel übermittelt, der auch aktiv bei den Naturfreunden mitmacht.)

Gesund leben ohne Gottvertrauen

Brief an Ministerin a.D. Gitta Trauernicht (SPD)

Deutscher Freidenker-Verband
Landesverband Nord e.V.

Sehr geehrte Frau Ministerin Trauernicht, organisierte Freidenker sind Menschen, die keiner Kirche oder Glaubensgemeinschaft angehören und ihr Wirken bezieht sich auf das Hier und Heute auf der Erde. Daraus ergibt sich auch unser Wunsch und Bestreben in einer gesunden ungefährlichen Welt in Frieden zu leben. Atomkraftwerke sind alles andere als sichere und gesunde, dem Menschen nützende Energieversorger. Das gilt im aktuellen Fall eben auch wieder für das Atomkraftwerk Krümmel. Das Werk darf nicht wieder ans Netz. Es ist kein Geheimnis, dass zahlreiche Menschen an Leukämie im Umkreis des Atomkraftwerkes erkrankt sind. Dieser Zustand kann und darf nicht gewollt sein.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir leben alle nur einmal und wollen, dass auch die nachfolgenden Generationen auf der Erde leben können. Sorgen Sie dafür, dass das Werk nie wieder ans Netz geht. Seien Sie sich Ihrer Verantwortung als Sozialministerin und oberste Dienstherrin der Atombehörde bewusst und setzen Sie den längst überfälligen Schlusspunkt.

Mit freundlichem Gruß

Angelika Scheer, Landesverbandsvorsitzende DFV Nord e.V.

Neues Netzwerk gegen Rechtsextremismus im Norden

Kiel (dpa/Ino) - Mit Hilfe eines Beratungsnetzwerks können Schulen, Sportvereine und Verbände in Schleswig-Holstein künftig aufkeimende rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen bekämpfen. Beteiligt sind Fachleute aus Verwaltung, Kommunen, Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit sowie Justiz und Polizei. „Wir bündeln unsere Kräfte, um vor Ort kompetent und gezielt zu beraten“, sagte

Innenminister Lothar Hay (SPD) am Donnerstag in Kiel. Als Erstberater stehen ab Ende dieses Monats zwei Mitarbeiter in der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Rat für Kriminalitätsverhütung bereit.

www.ln-online.de

dpa/regioline vom 02.07.2009 10:50

Kieler Chronik: Wahlen und Koalitionen in Schleswig-Holstein

Mai 1988: Ein Bespitzelungsskandal, die sogenannte Barschelaffäre, erzwingt Neuwahlen. Nach 40 Jahren verliert die CDU erstmals die Macht im Kieler Landeshaus. Die SPD erhält sensationelle 54,8 Prozent der Stimmen. Ihr Spitzenkandidat Björn Engholm wird zum Ministerpräsidenten gewählt und bringt den SPD-Landesverband, der bis dahin innerhalb der Partei als ausgesprochen links galt, auf Kurs. Die CDU hatte das Land seit 1946 regiert. Im ersten CDU-Kabinett hatte nur ein Minister gesessen, der zuvor nicht Mitglied der NSDAP gewesen war.

Mai 1993: Björn Engholm tritt zurück, nachdem er zugeben musste, im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Barschelaffäre gelogen zu haben. Von 1991 bis 1993 war er auch Bundesvorsitzender der SPD und gemeinsam mit Oskar Lafontaine verantwortlich für deren Zustimmung zur faktischen Abschaffung des Asylrechts. Engholm schließt später einen Beratervertrag mit einem großen Energiekonzern ab. Seine Nachfolgerin in Kiel wird Heide Simonis, die bis 2005 regiert.

Februar 2005: SPD, Grüne und Südschleswigscher Wählerverband (SSW) erringen bei den Landtagswahlen eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme. SPD und Grüne nehmen Koalitionsverhandlungen auf, haben zusammen aber nur 33 Sitze, CDU und FDP hingegen 34. Der SSW verspricht mit seinen zwei Abgeordneten, die Minderheitsregierung zu stützen.

März 2005: Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags verfehlt Heide Simonis in vier Wahlgängen die Mehrheit und scheitert damit. Ein bis heute unbekannt gebliebener SPD-Abgeordneter hatte sich quergestellt.

April 2005: CDU und SPD bilden eine Koalition. Peter Harry Carstensen (CDU) wird zum Ministerpräsidenten gewählt.

wop, den Artikel finden Sie unter:

<http://www.jungewelt.de/2009/07-23/009.php>

Verwüstung der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin

Randalierer haben in der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin im Kreis Ludwigslust einen Schaden von mehreren tausend Euro angerichtet. Wie die Polizei am 9. Juli mitteilte, haben die Täter neun Holzfiguren beschädigt und einige aus dem Boden gerissen. Eine Steinskulptur sei umgeworfen und eine weitere beschädigt worden. Auf Informationstafeln hätten die Täter Aufkleber mit der Aufschrift „Anti Amerika - Anti Imperialismus“ geklebt. Die Gedenkstätte erinnert an die Toten des Konzentrationslagers bei Wöbbelin und an den Dichter Theodor Körner, der 1813 bei Wöbbelin fiel.

Axel Holz

Die Heide ist frei

Die 113. Protestwanderung am 12. Juli 2009 in Sewekow für eine „freie Heide“ war geprägt von Freude, Lebenslust, Begeisterung und vielen Dankesworten, denn am 9.7.2009 erklärte die Bundeswehr ihren Verzicht auf das „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner-Heide.

Es war kaum zu glauben. Seit 17 Jahren begegnete die Bundeswehr mit schamloser Arroganz und Ignoranz den Protesten Tausender Menschen, der Gemeinden, der Kreis- und Landtage von Brandenburg, Berlin und Mecklenburg/Vorpommern. Sie verschloss sich den Stimmen der Vernunft und dem Willen zu einer friedlichen Nutzung dieses Territoriums. Es sollte der größte Bombenabwurfplatz in Europa werden und nahm daher einen zentralen Platz in ihrer strategischen Planung und die der NATO ein. Hier sollte das Zusammenspiel modernster Waffen der LUFT-, Land- und Seestreitkräfte geübt werden. Es wurden Argumente zur Notwendigkeit eines solchen Übungsgeländes hervorgebracht, die Gefahren für Natur und Gesellschaft verharmlost.

All diese Begründungen und Volksverdummungen wurden von den verschiedensten gesellschaftlichen Kräften fachlich fundiert widerlegt.

Der Schulterchluss all derer, einschließlich der Gemeinden, Kreis- und Landtage, der Wirtschaftsorganisationen, Kirchen, Parteien und Vereine, die sich für eine friedliche Nutzung der Heide einsetzten, wurde immer enger und massiver.

Hinter dem Verzicht der Bundeswehr steht ein Jahrzehnte langer Kampf des Widerstandes, steht eine zunehmende internationale Resonanz und Solidarität und nicht zuletzt stehen auch 27 für die Bundeswehr verlorene Gerichtsprozesse.

Die 17 Jahre Protestbewegung war etwas besonderes, für mich einmalig erlebtes. Sie strahlte immer wieder Optimismus aus, obwohl die Prognosen zeitweilig düster waren. Die Allmacht des Militärs schien wider die Vernunft und des Volkswillens unantastbar zu sein. Die Protestbewegung brachte eine Vielfalt und Kreativität hervor, die zu Neuem anspornte, und sie war gewaltfrei. Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Auffassungen sowie sozialer Stellungen verbündeten sich, neue traten hinzu; Hilfe der verschiedensten Art wurde gewährt wie auch die juristische Auseinandersetzung finanziell unterstützt. Ihnen allen wurde am 12. Juli Dank gesagt und die Akteure der ersten Stunde geehrt.

Diese 17 Jahre anhaltenden Proteste waren keine Selbstläufer. Ihnen standen vor allem die brandenburgische Bürgerinitiative „Freie Heide“ vor, die durch die später ins Leben gerufenen Initiativen „Freier Himmel“ (Mecklenburg/Vorpommern) und „Pro Heide“ (Unternehmer) wesentliche Unterstützung erfuhren. Diese Initiativen waren Zentren der Organisationen von Aktionen, initiierten Gemeinden zu sichtbaren Zeichen des Widerstandes, waren Ansprechpartner und Ideenauslöser. Sie strahlten Kraft zum Weitermachen aus, gaben Halt und Stütze.

Die Protestbewegung war nicht von Beginn an so enorm, so gewichtig. Auch inhaltlich erweiterte sich ihr Rahmen. Anfangs sah es so aus, als ginge es um die Lösung eines territorialen Problems. Mehr und mehr verstärkten sich die Stimmen gegen Bombenabwurfplätze generell, gegen Krieg und Rüstung. Die Ostermarschbewegung entwickelte sich zu der größten in der Republik. Die Losung: „Kein Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner-Heide und anderswo“ wurde in den letzten Jahren zu einer zentralen Orientierung. Das wurde auch auf der Kund-

gebung der 113. Protestwanderung deutlich ausgesprochen und die Solidarität mit den Bürgerbewegungen zur Schließung der Bombenabwurfplätze in Nordhorn und Siegenburg versichert.

„Die Heide ist frei“ – es ist ein neues Symbol für die Visionen entstanden: Stellt euch vor, es ist Krieg und keiner nimmt an ihm teil, es sind Kriegsübungen und keiner macht mit, keiner will Waffen produzieren; keiner will Waffen kaufen. E. Si

Gotteskrieger gescheitert Erfolgreiches Bündnis: Pro Ethik

Nach Auszählung von 99,7 Prozent der Stimmen ist das Volksbegehren auch in relativen Zahlen gescheitert: 51,3 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf Nein, nur 48,4 Prozent auf Ja (14,1 Prozent der Wahlberechtigten). Die Wahlbeteiligung lag bei 29,0 Prozent.

In Berlin zeichnet sich ein Scheitern des Volksbegehrens für die Einführung eines Wahlzwangs zwischen den Schulfächern Religion und Ethik ab. Angaben des Landeswahlleiters zufolge gaben bis 18 Uhr nur rund 29 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Da es für ein erfolgreiches Volksbegehren notwendig gewesen wäre, dass mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten für das Anliegen von »Pro Reli« stimmen, ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Initiatoren diese Hürde genommen haben. Offizielle Ergebnisse sollen etwa ab 20.30 Uhr vorliegen.

Ein um 18.45 Uhr vom Landeswahlleiter veröffentlichter Zwischenstand deutet noch deutlicher auf ein Scheitern des Volksbegehrens hin. Von den bis dahin ausgezählten rund 45 Prozent der rund 710.000 abgegebenen Stimmen entfielen 141.490 Stimmen auf »Nein« oder waren ungültig. Damit liegt die zu erwartende Zahl der Stimmen für das »Ja« bereits jetzt deutlich unter den 612.000 Stimmen (25 Prozent der Wahlberechtigten), die notwendig gewesen wären.

Nur in Gegenden wie Wilmersdorf lag die Beteiligung an der Abstimmung relativ hoch. Nach dem örtlichen Gottesdienst bildeten sich Schlangen an den Wahlurnen. Auch in anderen Kirchen waren die Gläubigen von den Pfarrern gedrängt worden, zur Abstimmung zu gehen. In einer katholischen Kirche stellten Kinder brennende Kerzen zur Lichterkette auf, um den Gläubigen den Weg zur Abstimmung zu weisen.
Sonntag, 26. April 2009 aus : www.redglobe.de

Brief der Arbeitsgemeinschaft der Elternräte der Gesamtschulen in Hamburg (ARGE)

*Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
Senatorin Frau Christa Goetsch
Hamburger Straße 31
22083 Hamburg
Hamburg, den 27.4.2009*

Sehr geehrte Frau Senatorin,
Die Hamburger Integrationsklassen gelten bundesweit als ein erfolgreiches Modell gemeinsamen Lernens von Kindern und Jugendlichen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf. Dieser Erfolg wird entscheidend durch die geeigneten Rahmenbedingungen (Klassengröße, Versorgung mit pädago-

gischen Fachpersonal, etc.) ermöglicht. Wir begrüßen ausdrücklich, dass mit der Neufassung des §12 das Ziel formuliert wird, den Rechtsanspruch auf integrative Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu stärken.

Große Sorge bereitet uns aber, dass im gleichen Entwurf die gesetzliche Verankerung der Integrationsklassen (bisher §12 Abs.5) gestrichen wurde.

Wir befürchten, dass die Streichung der Integrationsklassen aus dem Schulgesetz zukünftig zu einer Integration zum Billigtarif führen könnte durch die Reduzierung der erforderlichen (und zurzeit noch anerkannten) Mittel.

Um dies zu verhindern, sollte die ausdrückliche rechtliche Verankerung der Integrationsklassen im neuen Gesetzentwurf zum Ausdruck kommen. Dies würde eine stärkere Absicherung der I-Klassen in den folgenden Legislaturperioden bedeuten und damit die momentan große Verunsicherung unter den betroffenen Eltern in dieser Hinsicht beseitigen.

Auch damit die positiven Aspekte der Neuformulierung des §12 in den Vordergrund gerückt werden, bitten wir Sie, die Streichung des §12 Abs. 5 zurück zu nehmen.

*In Erwartung Ihrer Antwort verbleiben wir
mit freundlichem Gruß*

Claus D. Metzner

*(Mitglied im Leitungsteam des Vorstandes der ARGE)
Internet: www.ARGESchule-hamburg.de*

Hafengeburtstag in Hamburg – Medieninformation des Hamburger Forums

Protest gegen Teilnahme von Kriegsschiffen

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren, die Hamburger Friedensbewegung protestiert gegen den Auftritt der Bundeswehr und anderer Marinen beim diesjährigen Hafengeburtstag. Die Fregatte HAMBURG soll wieder einmal die Einlaufparade anführen. Der schwarz-grüne Senat hätte den Gedenktag 8. Mai, dem 64. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Hitlerfaschismus, anders begehen können, als ausgerechnet das deutsche Militär dadurch zu ehren, dass es die Einlaufparade des größten Hafenfestes der Welt anführen darf. Es zeugt von mangelndem Geschichtsbewusstsein des Hamburger Senat und verhöhnt die vielen Millionen Opfer des deutschen Militärs im Zweiten Weltkrieg.

Die HAMBURG ist mit 733 Millionen Euro die teuerste deutsche Kriegswaffe. Sie ist damit noch um etwa 100 Millionen Euro teurer gewesen als das derzeit größte zivile Schiff, die Queen Mary II. Die HAMBURG ist zur Führung von Einsatzgruppen auf den Weltmeeren hergestellt worden. Einsatzgruppen, die mittels Korvetten nahe an fremde Küsten vordringen können. Korvetten sind mit Marschflugkörpern ausgestattet, die mehr als 200 km weit auf Land schießen können. Das hat mit Landesverteidigung nichts zu tun. Fregatten sind Bestandteil eines aggressiven maritimen Konzepts zur globalen Machtentfaltung einer militarisierten Seemacht Deutschland.

Der Senat pflegt mit der Fregatte HAMBURG eine Patenschaft, die das aggressive Wesen dieser Kriegsmonster verschleiert und verharmlost. Auch die Teilnahme am Hafengeburtstag dient diesem Zweck. Das Angebot „Open Ship“ soll junge Leute für die Bundeswehr werben.

Das Kriegsschiffe haben auf Bürgerfesten nichts zu suchen!

Bundeswehr und Senat setzen auf einen Gewöhnungsprozess an das Militär.

Das Hamburger Forum bekräftigt seine Forderung an den schwarz-grünen Senat, die Patenschaft mit dem Kriegsschiff HAMBURG aufzulösen. Das Hamburger Forum demonstriert auf der Elbe

c/o Lühr Henken, Meuronstieg 3a, 22303 Hamburg, Tel 22 26 29, Fax 22 77 867, E-Mail: Hamburger-Forum@hamburg.de

Nachtrag zum 8. Mai 2009, dem Tag der Befreiung:

Zuständig für den Hafengeburtstag ist im Hamburger Senat die Kultursenatorin Karin von Welck (CDU), die zugleich dem Präsidium des Bremer Kirchentages der ev. Kirche angehört (siehe auch PM zum Kirchentag in dieser Ausgabe). Militarismus und Kirche – Thron und Altar wieder in einer Person vereinigt.

Schlagzeile des Hamburger Abendblatts vom 11. 5. 09: BÜRGERPROTESTE: NIE WIEDER TIEFFLÜGE BEIM HAFENGEURTSTAG!

Es folgen Berichte über zwei ganze Seiten mit dem Ergebnis einer Umfrage von 4000 Lesern des Springerblatts, demzufolge über Zweidrittel (67 Prozent) sich gegen die Tiefflüge ausgesprochen haben. Vielen Menschen, so das Abendblatt, machte die Teilnahme am diesjährigen Hafengeburtstag einfach nur Angst und nicht Freude.

Während angeblich 1,2 Millionen Menschen an diesem Tag das Hafenspektakel anlockte, wurde auf dem Hamburger Friedhof Ohlsdorf vor der Stele der Opfer der Konzentrationslager mit rund 100 Teilnehmern eine Trauerfeier der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VN/BdA) durchgeführt. Kränze und Gestecke wurden von Vertretern der VN/BdA, der Gedenkstätte Ernst Thälmann des Deutschen Freidenker-Verbandes und privaten Teilnehmern der Kundgebung niedergelegt. Auf dieser Veranstaltung sprach der betagte Freidenker und Antifaschist LORENZ KNORR eine bewegende und aufrüttelnde Rede zum Tag der Befreiung. Diese Rede kann nachgelesen werden (s. auch den Beitrag: Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik und die Ankündigung von antifaschistischer Literatur, so von Lorenz Knorr auf den nachfolgenden Seiten dieser Ausgabe). Lorenz Knorr war einst Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend „Die Falken“. Er nimmt wiederholt zur Geschichtsrevision und Geschichtsklitterung in veröffentlichten Meinungsmedien und den Regierungen kritisch Stellung. *USch*

Aktivitäten von Freidenkern in Lüneburg

Jugendweihe

Nach einer fast vierzigjährigen Pause wird seit Januar 2006 in Lüneburg wieder regelmäßig ein Vorbereitungskurs zur Jugendweihe durchgeführt. Der Lüneburger Kurs findet im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V. statt. 2006 und 2007 nahmen jeweils 6 Jugendliche an den Kursen teil, 2008 waren es elf und in diesem Jahr sechzehn Jungen und Mädchen. Es liegen bereits jetzt Anmeldungen für die Kurse in den beiden kommenden Jahren vor. Geleitet wird der Kurs von Sylvia Junge und Cornelius Kaal. Unterstützt werden sie von Falk Junge als Gruppenhelfer, der selbst am Kurs 2006 als Jugendlicher teilgenommen hatte. Alle

drei sind Mitglieder des Deutschen Freidenker-Verbandes. Die positive Entwicklung der Teilnehmerzahlen ist unter anderem auch auf eine gute Resonanz in den örtlichen Medien zurückzuführen. Die entsprechenden Pressemitteilungen der AG Jugendweihe wurden in der örtlichen Tageszeitung und zwei Anzeigenblättern berücksichtigt. Das Lokalradio sendete im Frühjahr einen Beitrag über die Jugendweihearbeit in Lüneburg.

Bestattungskultur

In Lüneburg gibt es mehrere kommunale Friedhöfe. Für Abschiedsfeiern stehen dort aber ausschließlich Sakralbauten zur Verfügung. Die Lüneburger Freidenker haben sich mit einem Schreiben an die Verwaltung der 73 000-Einwohner-Stadt gewandt und die Errichtung einer weltanschaulich neutralen Räumlichkeit auf dem größten Friedhof, dem Waldfriedhof, gefordert. Bis dahin, sollten die vorhandenen Kapellen so gestaltet werden, dass für weltliche Trauerfeiern die christliche Symbolik entfernt oder verhängt werden kann.

Netzwerk gegen Rechts

Im April und Mai dieses Jahres wurde die Heidestadt zweimal von Naziaufmärschen aus dem Spektrum der Freien Kameradschaften heimgesucht. Gegen diese Aufmärsche hat sich ein Bündnis für Demokratie/Netzwerk gegen Rechtsextremismus gegründet, dem inzwischen über 60 Organisationen angehören. Zur vom Bündnis getragenen Demonstration am Ostersamstag kamen 2.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Der von der Stadtverwaltung verbotene und dann vom Verwaltungsgericht erlaubte Naziaufmarsch wurde bereits kurz nach Start der Demonstration von der Polizei gestoppt und schließlich aufgelöst, da wesentliche Teile der geplanten Route durch eine Sitzdemonstration blockiert wurde und die Nazis eine angebotene Alternativstrecke abgelehnt hatten. Aus verschiedenen Gründen war die Mobilisierung für die Demonstration im Mai (23.05.) wesentlich schwieriger, trotzdem beteiligten sich 1.000 Menschen an einer Kundgebung. Der Deutsche Freidenker-Verband war Unterzeichner des Aufrufs für beide Demonstrationen. Ka

Das „verlutherte“ Wittenberg

Schon zu DDR-Zeiten bekam Wittenberg den Zusatz Lutherstadt. Mir schien das nie so ganz verständlich, da die DDR in ihrer Grundtendenz atheistisch war. Selbst Eltern, die nach der Wende wegen besserer Arbeitsaussichten oder aus sonstigen Gründen in den Westen „machten“, schickten, wenn es möglich war, ihre Kinder zur Jugendweihe, wie immer sie auch sonst zur DDR gestanden haben.

Für mich ist Martin Luther umstritten. Zwar wurde durch die Reformation der Klerus zurückgedrängt, führte aber langfristig zur Gegenreformation und letztendlich zum 30-jährigen Krieg. Luthers Werke sind im Allgemeinen bekannt (95 Thesen an der Schlosskirche zu Wittenberg, Bibelübersetzung auf der Wartburg, Kritik an der Ablasskrämerei).

Er förderte zuerst Thomas Müntzer, der sich später zu den Bauernführern (Florian Geyer, Wendel Hipler) gesellte. Luther zog gegen die Bauernaufstände zu Felde und das klang rohrspatzmäßig etwa so:

„Die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern solle man zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muss. . .“ 1)

Luther verteidigte die Leibeigenschaft.

„Man müsse nach Gottes Willen der Obrigkeit mit Furcht und Zittern unterthänig sein. . .“ 2)

Thomas Müntzer wurde 1525 hingerichtet.

Luther soll auch Hexenverfolgungen befürwortet haben. Hexen seien „böse Zaubereyen, die verfolgt und bestraft werden müssen.“

Allerdings war er gegen die Folterungen.

Er war Antisemit.3) Sein Antisemitismus war weniger rassistisch begründet, sondern rein religiös, 1543, drei Jahre vor seinem Tod, veröffentlichte er die Hetzschrift „Von den Juden und ihren Lügen.“

Er gab der Obrigkeit Ratschläge, wie sie mit dem „verdammten Volk“ umgehen möge. Er forderte die Synagogen niederzubrennen, da sie darin Christentum und uns belügen, lästern usw. Man solle ihre Häuser anzünden und sie wie

Zigeuner in ein Sammellager stecken, ihre Bibeln und Bücher konfiszieren. Sie sollen mit körperlicher Arbeit ihr Brot verdienen und des Landes verwiesen werden. Die Rabbiner dürfen hinfort nicht lehren. Die Fürsten sollen die Juden gegen Geld nicht schützen.

Das Ergebnis der Reformation war, dass der jeweilige Landesfürst bestimmte, welcher Religion sein Volk anzugehören hatte. 4)

Heute wird in Wittenberg, wo sein Wirken anfang, ein regelrechtes „Lutherspektakel“ betrieben. Die Stadt hat für den Fremdenverkehr etwas vorzuweisen. Der „Spiegel“ berichtet von einem Motorschiff „Lutherstadt Wittenberg“. Stadtführer tragen lange Kutten, es gibt Lutherbrot und Lutherbier. Die modernen „Apostel“ lassen sich was einfallen. Tatsache aber ist, dass von 46000 Einwohnern nur 4500 eingeschriebene evangelische Christen sind.

Eine Frau, die im Lutherhaus Eintrittskarten verkauft, sieht ihre Tätigkeit als Job an und bezeichnet sich selbst als Atheistin, bekehren ließe sie sich nicht. Da sie die Karten schon vor der Wende verkaufte, werde man sie bei der geringen Kirchenmitgliederzahl nicht zwingen können, in die Kirche einzutreten. 5)

Als ich im letzten Jahr privat nach Kemberg (ca. 30 km südl. von Wittenberg) fuhr, machte ich in Wittenberg einen kurzen Halt.

Bei einem Stadtrundgang entdeckte ich an einem Haus folgenden Spruch: „Der Lutherkult muss ein Ende haben.“ Wie auch immer man zu solchen „Wandmalereien“ steht, über den Inhalt lohnt es sich nachzudenken.

Gerd Adolph

Quellenangaben;

- 1) Johann Most/Protestantische Finsterlinge
- 2) ebenda
- 3) Johann Most/Die Gottespest (Namensregister)
- 4) Spiegel 2008
- 5) ebenda1

Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik-

Schriften zum Nachdenken anlässlich des 60. Jahrestag der Gründung beider deutscher Staaten

„Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik“ – Eine NACHDENKSCHRIFT ist die 2. erweiterte Auflage einer Broschüre, die von der Initiativgruppe für die Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges (IROKK) mit Sitz in Essen herausgegeben wurde. In dem Begleitschreiben dieser Schrift vom Juni 2009 heißt es:

Wir die – IROKK – sind ein reines Zweckbündnis von der politischen Justiz Betroffener. Die IROKK ist nicht Partei gebunden. Die Mitglieder verstehen sich nicht als Organisati-

zu dem Thema im nächsten Jahr durchzuführen.

Neben dieser Schrift, die für 4,50 Euro bei der IROKK c/o Karl Stiffel, Hoffnungstr. 18, 45127 erhältlich ist (Tel. 0201/22 51 47) sind in letzter Zeit verschiedene Schriften unterschiedlicher Organisationen und Personen herausgegeben worden, die sich mit dem Thema der verdrängten Schuld und dem Antifaschismus befassen:

Lorenz Knorr: Antifaschismus – gestern heute und morgen – eine Streitschrift kontra Vernebelung und Desorientierung; 52 Seiten broschiert, Selbstkostenpreis 3 E, Porto bei Versand; Rabatt bei Abnahme von mehr als 5 Exemplaren; 12,50 pro 5 Stück

Lorenz Knorr: Globale Krise des Kapitalismus und Rechtsextremismus – Vortrag zum Jahrestag der Befreiung vom Faschismus und Ende des 2. Weltkrieges. Gehalten am 8. Mai 2009. Selbstverlag Lorenz Knorr, Günterburgsallee 10, 60316 Frankfurt/M., Tel 069/43 29 21; Selbstkostenpreis 2,50 Euro incl. Verpackung und Porto.

Raymund Gaebel (VVN/BdA Bremen): Begegnung ohne Rückkehr. Auf der Suche nach den Opfern eines Rachefeldzuges Meensel-Kiezgern-Neuengamme-Bremen 1944-2009; Vorwort Dr. Detlef Garbe, Leiter der KZ Gedenkstätte Neuengamme; Preis 4,50 Donat-Verlag 2009; Borgfelder Heerstr. 29, 28357 Hamburg, Tel (0421) 17331 07; info@donat-verlag.de



„Die verdrängte Schuld der Bundesrepublik“ – Buchvorstellung auf dem UZ-Pressfest der Initiativgruppe der Opfer des Kalten Krieges. Hier Karl Stiffel, sitzend.

Foto: U. Scheer

on und haben auch keine entsprechenden Strukturen. Es geht darum, so ist dem Geleitwort zu entnehmen, sich für die Rehabilitierung der Opfer der politischen Justiz in der Zeit von 1949 bis 19168 einzusetzen.

Wir Freidenker wissen aus Büchern wie POLITISCHE JUSTIZ von Otto Kirchheimer und Heinrich Hannover DIE REPUBLIK VOR GERICHT – Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts“, dass Millionen von Menschen in der Adenauer-Zeit erfasst wurden, Hunderttausende mit Verfahren überzogen wurden und Tausende von Linken, vor allem Kommunisten bis zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Das war zum Teil noch vor dem KPD-Verbot von 1956 und erreichte seinen Höhepunkt mit dem Verbot unzähliger Organisationen wie der Freien Deutschen Jugend Westdeutschlands, der VVN und vieler anderer demokratischer Organisationen im Jahre 1952.

Die erste Welle der Berufsverbote fiel in die Zeit, als die alten Nazis mit Hilfe des Art. 131 GG wieder massenweise in Amt und Würden kamen und u. a. der Kommentator der Nürnberger Rassengesetze, Globke, Staatssekretär der CDU-Regierung unter Konrad Adenauer wurde.

Der DFV Nord beabsichtigt mit Zeitzeugen zusammen mit der Erich-Mühsam-Gesellschaft eine Veranstaltung in Lübeck

„Die Reihen fest geschlossen...“ – Anatomie der Hamburger NPD und ihres Umfelds;

Hrsg. Verdi-Bezirk Hamburg und Avanti-Projekt undogmatische Linke mit einem Vorwort des Ver.di-Landesbezirksleiters Wolfgang Rose.

Bestellung und Abholung bei der Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft; Besenbinderhof 60. Hamburg; Onlinebestellung service.hh@verdi.de

Angelika Beer (Hrsg.): Rechtsextremismus in Norddeutschland – Wer sie sind und was sie tun!

Text von Andreas Speit; Bestellungen: Büro im Deutschen Bundestag, Unter den Linden 50, Büro 2.111 in 11011 Berlin, Tel. 0049-30-227-70021

Karl Heinz Schütt: Ein vergessenes Lager (IV) Namen des Erinnerns. Über das Außenlager Neustadt-Glewe des Frauen-KZ Ravensbrück

Die anderen bisher erschienenen Teile I bis III von Karl Heinz Schütt sind erhältlich: Stadt Neustadt Glewe, Museum in der Burg, Markt 1, 19306 Neustadt-Glewe (Karl Heinz Schütt ist Mitglied unseres Landesverbandes)



Herausgeber : Deutscher Freidenker Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Uwe Scheer, Postfach 60 25 07, 22235 Hamburg (Adressenänderung!), Tel/Fax (0 40) 6 31 62 60; Dr. Elli-Marie Simon, Kirschenallee 51, 17235 Neustrelitz, Tel. (0 39 81) 44 32 05, Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Redaktionsschluss: jeweils zur Vorstandssitzung; für die Ausgabe 2/09: 2.07.2009

Auf dieses **Konto** können Beitrag und Spenden gezahlt werden: DFV-Landesverband Nord e.V. Nr. 108359207 (BLZ 200 100 20) bei der Postbank Hamburg

Der DFV im Internet:

<http://www.dfv-nord.de> oder www.freidenker.de

Der Bezug des **Rundbriefs** ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro. Für Nichtmitglieder kann der **Rundbrief** in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Tipps und Termine

DFV-Verbandsvorstand (VV)

31.10./1.11. in Magdeburg

08.01.10 Geschäftsführung (gVV) in Berlin

DFV-Landesverband Nord e.V.

31.10./1.11.09. Wochenendseminar in Buchholz/OT Seppensen

Wohnheim- und Ferienheim „Heideruh“, Ahornweg 45

(s. Einladungstext in dieser Ausgabe)

Orts- und Kreisverbände

Hamburg

Di., 6.10.; 19.00 Uhr; Geschichtswerkstatt St. Georg

Thema: Die neue Patientenverfügung; Referent: C. Kaal

Di., 1.12.; 19.00 Uhr; Geschichtswerkstatt St. Georg

Thema: Die verdrängte Schuld der BRD

Ort: Hansaplatz 9 in Hamburg, Nähe Hbf. u.ZOB

(Die Einladungen werden den Mitgliedern und Freunden in Hamburg und Umgebung zugesandt)

Sa. 14.11.; 10.00 Uhr, Universität Hamburg

Eine Veranstaltung zum Darwin-Jahr mit der

Marxistischen Abendschule Hamburg (s. Einladungstext in dieser Ausgabe) Dazu ist Prof. Dr. Jan Bretschneider (Jena) für den DFV eingeladen worden.

Kiel

Sa., 10. 10.; 14.00 Uhr; Gewerkschaftshaus

Zusammenkunft von Mitgliedern und Interessierten aus Kiel und Umgebung. Schwerpunktthemen: Nach den Wahlen und die Jugendweihe in Schleswig –Holstein

DFV-Mitglieder und Mitglieder des IBKA treffen sich als „Atheistische Gruppe“ jeweils am 1. und 3. Dienstag im Monat um 20.00 Uhr in der Friedenswerkstatt, Exerzierplatz 19.

Infos: Tel.0431/52 48 07 (Gerd Adolph)

Neustrelitz

22.11; Weltliche Trauerfeier (Totensonntag)

Mitglieder und Freunde des KV Neustrelitz bekommen die Einladungen für die monatlichen Zusammenkünfte zugesandt.

(Das Programm lag bei Drucklegung nicht vor)

Infos: Tel. 03981 20 53 13 (Werner Mahnke, Kreisvorsitzender)

Bremen/Bremerhaven:

Infos z.Z. über Uwe Scheer, Tel 040/631 62 60

Lüneburg/Nordniedersachsen

Infos: Tel. 05823-953174 o. 0177-2049867; Cornelius Kaal, (Stell. Landesvorsitzender)

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e.V.

Klapperhof 121033 Hamburg

Infos und Anmeldungen für 2010:

Jürgen Brammer, 1925 – 2009

Der Deutsche Freidenker-Verband, Landesverband Nord, trauert um Jürgen Brammer, der am 09.Mai 2009 verstorben ist. Jürgen Brammer war für die Jugendweihe Schleswig-Holstein aktiv und hat sich hier große Verdienste erworben. Jürgen wurde 1925 in Kiel geboren. Er entstammte einer antifaschistischen Arbeiterfamilie, sein Vater wurde von den Nazis inhaftiert. Nach der Schule erlernte Jürgen den Beruf des Stuckateurs. 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und geriet unmittelbar vor der Befreiung in französische Gefangenschaft. Nach einer Tätigkeit in der Landwirtschaft, kehrte er 1948 nach Kiel zurück. Er wurde Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands, deren Kreisvorsitzender er bis zum Parteiverbot 1956 war. Auch zu Hochzeiten des kalten Krieges blieb Jürgen, vor allem als Journalist, politisch aktiv. 1968 beteiligte sich Jürgen an der Neukonstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei. Jürgen Brammer hat Skizzen seines Lebens aufgeschrieben und als Broschüre veröffentlicht. Diese kann über den Landesvorstand bezogen werden.

Tel. 040/724 55 45 (Helmuth Sturmhoebel)

Für die Jugendweihe in Lüneburg und Umgebung; s. o.

(s. auch Link auf der Web-Site www.dfv-nord.de)

Andere Organisationen:

Ver.di - Landesbezirk Hamburg: Arbeitskreis Antirassismus:

Jeden ersten Dienstag im Monat, 18.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60

Willi-Bredel-Gesellschaft (WBG) – Geschichtswerkstatt e.V.

Führung durch die Ausstellung „Zwangsarbeiter in Hamburg“, Wilhelm Raabe-Weg 23 (Nähe Flughafen) am 6. 9., 4. 10 und 1. 11. 2009. Weitere Termine der WBG unter www.willi-bredel-gesellschaft.de oder unter der Telefonnummer 040/59 11 07. Adresse. Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg (U- und S-Bahnstation Hamburg-Ohlsdorf). Die Geschichtswerkstatt ist jeweils dienstags von 16.00 bis 19.00 Uhr geöffnet.

Stand 15.8.2009

Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V.

Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg Truppen raus aus Afghanistan

Demonstration zum Antikriegstag, am 1. September 2009

**Auftakt 17.30 Uhr am Antikriegsmahnmal von Alfred
Hrdlicka, Dammtordamm**

(bzw. am Kriegsklotz ; Nähe Dammtorbahnhof und U-Bahnhof
Stephansplatz)

Anschl. um 1930 Uhr bis 21,30 Uhr Podiumsdiskussion zum Thema
Bundeswehr – und NATO-Einsatz am Hindukusch mit Erhard.

Pumm (DGB-Vors. Hamburg), Dr. Hans-Georg Ehrhardt (IFSH),
Peter Klemm (Gewerkschaftlicher AK Frieden) und Lühr Hencken,
Hamburger Forum e.V.)